

# „Hier geht die Angst um“

Osteuropäer verdrängen massenhaft deutsche Arbeitnehmer. Sie hausen in Gruppenunterkünften und kommen für Billiglöhne. Gewerkschaften und Kommunen sind hilflos.



Großschlachterei für Geflügel: Drei Euro sind in Polen noch gutes Geld

Der Römanns Kamp in Lohne ist eine gute Wohngegend. Ordentliche Ein- und Zweifamilienhäuser, gepflegte Gärten, Mittelklassewagen vor der Tür, Edeka um die Ecke – alles verkehrsbereit durch Blumenkübel. Nur an dem Haus mit der Nummer 30 hängt kein Namensschild, da gibt es keine Klingel, da parkt kein Auto. Dort endet die heile Welt.

In dem weißen Zweifamilienhaus leben auf zwei Etagen bis zu 40 Menschen. Sie teilen sich je zu viert oder fünft ein Zimmer von zwölf Quadratmetern, schlafen in Doppelstockbetten aus Metallrohren. 20 müssen pro Etage mit einer Toilette auskommen. Das Haus ist ein Lager.

Seine Bewohner kommen allesamt aus Polen, überwiegend Frauen, junge Frauen. Rund hundert leben verteilt auf drei Häuser in Lohne, einer Kleinstadt in Niedersachsen. Morgens um fünf sieht man sie in einer Karawane zur Arbeit gehen, schweigend, dicht aneinander gedrängt.

Um diese Uhrzeit dreht sich Marianne F. am anderen Ende der Stadt noch mal im Bett um. Die 40-Jährige ist auch oft den

Arbeitsweg der Polen gegangen: Zwölf Jahre lang arbeitete die Deutsche in der Geflügelschlachterei der Firma Wiesenhof. Als sie vor sieben Monaten ihr Kind be-

## UMFRAGE: Dienstleistungsrichtlinie

„Nach einer Richtlinie der EU können bereits heute Unternehmen aus den neuen europäischen Mitgliedsländern ihre Dienstleistungen in Deutschland zu den eigenen Arbeitsbedingungen anbieten. Wie finden Sie das?“

**13%** begrüßenswert

Deutsche Dienstleister in Deutschland sollten besser geschützt werden

kam, hörte sie auf bei Wiesenhof, und sie weiß schon: „Da gehe ich nie wieder hin“, sie fühlte sich gemobbt. Marianne F. bekam 8,20 Euro pro Stunde für ihre Arbeit in der Zerlegung. Nicht üppig, aber man hatte ein Auskommen. Die Polen machen jetzt den gleichen Job für fünf Euro oder weniger.

Das ist legal. Zwar hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) bei der Osterweiterung der Europäischen Union im vergangenen Mai eine Klausel durchgesetzt: EU-Neubürger müssen bis zu sieben Jahre auf freie Arbeitsplatzwahl in den Mitgliedstaaten verzichten. Schröder wollte verhindern, dass Deutschland von Billiglöhnern überschwemmt wird.

Aber es passiert dennoch. Denn es gilt Dienstleistungsfreiheit, wenn auch mit Einschränkungen. Über Werkverträge mit

**82%**

Subunternehmen aus Polen, Tschechien oder Litauen können deutsche Firmen ganze Bereiche an billige

Fremdarbeiter vergeben – und sie machen reichlich Gebrauch davon, vor allem in der

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 15. bis 17. Februar; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

Fleischindustrie, weil dort der Preisdruck enorm ist.

Allein in der Branche sind in den vergangenen Monaten 26 000 Jobs zugunsten von Arbeitern aus Warschau und anderswo weggefallen. Gegen die Dumpinglöhne von drei bis fünf Euro haben deutsche Arbeitnehmer keine Chance. Und die Wut wächst. Die neuen Kräfte akzeptieren Löhne und Bedingungen, für die kein Deutscher mehr aufsteht. Die Unternehmen sparen Millionen, die Sozialkassen gehen leer aus, denn die Sozialabgaben für die Polen werden in deren Heimatländern eingezahlt – nach den dortigen Sätzen. Auch das ist legal.

Im schmucklosen Hausflur der Nummer 30 im Römanns Kamp hängt ein Kartentelefon an der Wand, aus dem Hinterzimmer dröhnt laute Musik, über Satellitenschüssel empfängt der Fernseher einen polnischen Musiksender. In dem Aufenthaltsraum mit zerschlissenem Sofa sitzt ein Mann und raucht. Telefon und Fernsehen sind die Verbindungen zur Heimat. In Lohne bleiben die Polen unter sich: arbeiten, schlafen, essen, rauchen vorm Fernseher. Das war's. Privatsphäre gibt es nicht.

In der Küche stehen die Polinnen Olga und Beata, sie kommen gerade von der Frühschicht und kochen wie fast immer Hühnersuppe. Die beiden Gefrierschränke sind bis oben hin voll mit Huhn: Schenkel, Brust, Filet oder ganze Vögel. An das Geflügel kommen sie günstig, beim Wiesenhof. „Wiesenhof“ gehört zu den wenigen deutschen Wörtern, die Beata akzentfrei aussprechen kann. Die 33-Jährige ist gelernte Physiotherapeutin, aber in Polen bekam sie keinen Job. Bei der Firma Drob-



**Gewerkschafter Rüst:** „Kündigungsgründe finden sich“

Pack in Opole unterschrieb sie schließlich einen Jahresvertrag als Produktionshelferin, Vollzeit, fünf Euro pro Stunde, Einsatzort: Deutschland. Dienstbeginn: 1. Mai 2004 – am Tag der EU-Erweiterung. Mehr wusste sie nicht, aber das war egal: „Ich brauchte Arbeit“ – und fünf Euro sind in Polen ein sehr guter Lohn.

Jetzt verpackt die Physiotherapeutin jeden Tag Hühner. Die Arbeit ist leicht zu lernen, aber schwer auszuhalten. „Es gibt Arbeiterinnen, die am Transportband stehen und weinen“, sagt Marianne F. 16 Stunden am Tag laufen die Bänder der Schlachtereie in Lohne, in Spitzenzeiten werden 320 000 Hähnchen täglich betäubt, getötet, bluten aus, werden gerupft, ausgenommen, zerlegt und verpackt.

Die Polen arbeiten immer in einer Kolonne, sie murren nicht, sie haben keinen Kontakt zu den deutschen Kollegen, der

Betriebsrat ist für sie nicht zuständig und bekommt auch keinen Einblick in die Arbeitsverträge – denn die liegen in Polen. „Was verdienst du?“, wollte Marianne F. von einer polnischen Arbeiterin wissen. Die Antwort: „Nix verstehen.“ Wenn das Jahr vorbei ist, geht die Polin Beata kurz zurück nach Polen – und unterschreibt einen neuen Vertrag für eine neue Firma in Deutschland. Sie ist eine von sehr vielen. „Kommen andere“, sagt sie; es spricht sich rum in der Heimat, dass man doch bei den Deutschen arbeiten gehen kann.

Beata ist zufrieden. Aber selbst unter den Billigarbeitern wächst der Frust, weil auch ihr geringer Lohn manchmal nur teilweise oder verspätet ausgezahlt wird. Auf einem nicht zu Wiesenhof gehörenden Schlachthof im Kreis Oldenburg etwa weigerten sich vergangenen Freitag 15 Polen wegen angeblicher Lohnmanipulationen zu arbeiten; zwei Stunden lang stand morgens das Schlachtband still, bis Ersatzarbeiter organisiert waren. Ersatz gibt es immer.

Über 717 Millionen Euro setzt die Wiesenhof-Holding jährlich um, 3800 Mitarbeiter bringen bundesweit jede Woche vier Millionen Hähnchen auf den Markt. Lohne hat 530 Beschäftigte, davon sind jetzt schon rund 100 Polen.

Der Bürgermeister von Lohne sitzt in einem Glashaushaus. Von der Straße aus kann man ihm im zweiten Stock des neuen Rathauses durch die vollverglaste Front beim



**Polnische Arbeiterinnen in ihrer Unterkunft in Lohne: Weinen am Transportband**

Regieren im Zimmer 223 zusehen. Hans Georg Niesel ist seit über 25 Jahren Verwaltungschef und stolz auf seine Stadt: 26 000 Einwohner, kaum Schulden, bislang eine Arbeitslosigkeit von unter sechs Prozent, 2800 aktive Schützenbrüder und 150 rege Vereine – all diese Dinge „prägen den Charme von Lohne“, sagt er. Im 19. Jahrhundert noch das Armenhaus der Republik, gehört das Oldenburger Münsterland heute zu den wenigen prosperierenden Gegenden in der Republik. Die Wirtschaft – Kunststoff, Metall, aber vor allem Fleisch – ist das Fundament des Erfolgs.

Aber der Mann mit dem gemütlichen Bauch wird nervös angesichts jüngster Entwicklungen. Der Ausländeranteil in Lohne hat sich von vier auf acht Prozent verdoppelt, „was mit dem Arbeitskräftebedarf unserer Wirtschaft zu tun hat“, sagt er. Die Arbeitslosenstatistik ist immer noch zuckersüß, aber erstmals seit Jahren steigt die Zahl, eine Trendwende, ein Alarmsignal.

Niesel würde seine Stadt gern schützen gegen den kalten Ostwind: „Es soll so bleiben, wie es war“, sagt er. „Wir wollen keinen Verdrängungsprozess, die Mischung in der Stadt stimmte.“ Ausländer gab es hier schon immer, auch billigere ausländische Arbeiter. Aber wenn sich nun schon die Türken über die billigen Polen aufregen, „dann kippt irgendwann das Gefüge“, fürchtet Niesel. Doch die Kommunalpolitik ist machtlos, entschieden wird in Berlin und Brüssel: „Wir sind die unterste Ebene“, sagt Niesel. In seinem Dienstzimmer steht die Skulptur eines Künstlers aus Oldenburg mit dem Titel: „Adler im Sturzflug“.

Vom Rathaus aus sind es nur ein paar Schritte zur Lindenstraße, die sich als Geschäftsmeile durch die Innenstadt schlängelt. Dort sind die ersten Geschäfte leer, ein anderes Alarmsignal. Einzelhändler geben auf oder passen sich an. „Wir können hier kein teures Porzellan mehr verkaufen“, sagt die Angestellte eines Haushaltswarengeschäfts. Die Leute kaufen nur noch billig. Also stellt sie Ramschware ins Regal und hängt Plakate ins Fenster: „Alles billiger“.

Ein paar Häuser weiter in der Lindenstraße hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sein Büro. Gleich neben dem Eingang liegen Flugblätter, die für die „Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit“ werben, die linke Abspaltung von der SPD. Hinter dem Schreib-

tisch sitzt der DGB-Sekretär Frerich Rüst und redet sich in Rage. Sein SPD-Partei-buch hat er nicht mehr. „Verräter“ nennt er die Genossen in Berlin. Reihenweise kämen Arbeiter zu ihm und berichteten über Erpressungsversuche, Lohndumping und Mobbing, sagt Rüst. Arbeiter würden aufgefordert, Krankheitstage mit Urlaub zu verrechnen. „Hier geht die Angst um“, sagt er. Was er machen kann? „Nichts.“ Die Billigkonkurrenz vor Augen wage kaum noch jemand Widerspruch. „Kündigungsgründe finden sich ja immer“, sagt er.

Es ist ein Kampf der Armen gegen die noch Ärmeren. Die Deutsche Marianne F. lebt jetzt mit Kind und Mann vom Gehalt



Bürgermeister Niesel: „Wir sind die unterste Ebene“



ihres Mannes, Hilfsarbeiter bei einem Autozulieferer: „Das reicht vorne und hinten nicht.“ Der Polin Beata hingegen wird ihr Wiesenhof-Geld daheim auf das Konto überwiesen, ihre Familie lebt davon ganz gut. 40 Stunden pro Woche mal 5 Euro, das macht 200 Euro; in Polen ist das viel

Geld. Deshalb will Beata den Job unbedingt behalten: „Hart, aber gut.“

Ob sie auch für vier Euro unterschrieben hätte? „Ja.“ Für drei? Sie zuckt mit den Achseln. Auch drei Euro sind in Polen noch gutes Geld. 30 Euro Miete zieht ihr der polnische Subunternehmer für das Bett in Lohne pro Monat noch ab. Wenn Beata ausspannen will, geht sie spazieren in der fremden Stadt, in der sie sich nichts leisten kann, niemanden kennt und kaum jemanden kennen lernen wird, weil sie die Sprache nicht spricht und weil sie die Bedrohung ist. Die Fremde. Die Billige.

Oft kommt sie am Industriemuseum vorbei, zu dem eine Unternehmerin der Kommune 1,5 Millionen Euro beigetragen hat – aus Dankbarkeit. In dem Museum wird die Wirtschaftsgeschichte der Region nach erzählt. Von damals bis heute. Von damals, als es im Feudalismus noch billige Leibeigene gab. Bis heute. MARKUS DEGGERICH